

# VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

**Mittwoch, dem 30. November 2016, um 19.30 Uhr**

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

## öffentliche Gemeinderatssitzung

### Anwesend:

Bürgermeister	Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin	Elisabeth	BÖHM
Stadtrat	Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI Thomas	HALBRITTER
Stadträtin	Ingeborg	BERGER
Stadträtin	Isabell	LICHTENBERGER, BEd (kommt um 20.12 Uhr)
Stadtrat	Franz	SCHNEIDER
Gemeinderätin	KR Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing. Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Ing. Viktor	HORVATH
Gemeinderat	Ing. Günter	KOLAR
Gemeinderätin	Birgit	PECK
Gemeinderat	Ing. Hermann	MICHLITS
Gemeinderätin	Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat	Mag. Friedrich	MANNSBERGER
Gemeinderat	Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Karl	PANNER
Gemeinderat	Mag. Heinz	ZITZ
Gemeinderätin	Mag. <sup>a</sup> Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderätin	Mag. <sup>a</sup> Eva	NAGY
Gemeinderat	Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Dr. <sup>in</sup> Judith	RECHNITZER
Gemeinderätin	Mag. <sup>a</sup> Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing. Johannes	LINHART
Gemeinderat	Herbert	DENK
Schriftführerin	OAF Judith	SIBER-REINER
Kassier	VB Hermann	KEGLOVITS

### Entschuldigt:

---

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.30 Uhr. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Hermann Michlits und Beata Sämman-Takacs bestimmt.

Die Verhandlungsschriften der Gemeinderatssitzungen vom 28.07.2016 und 03.10.2016 wurden von den Beglaubigern unterfertigt. Da es keine Einwände gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag, der Gemeinderat möge die Verhandlungsschriften der Gemeinderatssitzungen vom 28.07.2016 und 03.10.2016 genehmigen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

## **TAGESORDNUNG**

### **01) Voranschlag 2017**

Der Bürgermeister übergibt das Wort an den Gemeindegassier Hermann Keglovits und bittet um seinen Bericht:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 2017 war gemäß § 61, Abs. 1 der Bgld. Gemeindeordnung LGBL.Nr.37/1965 i.d.g.F., durch zwei Wochen, das war in der Zeit vom 15.11.2016 bis 29.11.2016, im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme öffentlich aufgelegt. Die Auflegung war durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht. Zum Voranschlag sind keine Erinnerungen eingebracht worden.

Die Gesamteinnahmen/-ausgaben des Budgetentwurfes für das Finanzjahr 2017 betragen im ordentlichen Haushalt EUR 16.367.100,00. Im AOHH ist für das Jahr 2017 vorläufig noch nichts budgetiert.

Nach dem endgültigen Rechnungsabschluss 2016 wird der tatsächliche Abgang des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes im 1. NVA 2017 berücksichtigt.

Im OHH wurde der im 1.NVA 2016 veranschlagte vorläufige Abgang für das Jahr 2016 in der Höhe von EUR 1.024.000,00 budgetiert und mit dem für 2016 geplant gewesenen Konsolidierungskredit, der jedoch bis dato noch nicht genehmigt wurde, abgedeckt.

Das heißt, dass wir erstmalig seit dem Jahr 2013 ein ausgeglichenes Budget – ohne Darlehensaufnahme - erstellen konnten.

So wie in den vergangenen Jahren war auch diesmal der ursprüngliche MFP aus dem Jahr 2014 Ausgangsbasis für die Erstellung des Voranschlages für das Jahr 2017. Aufgrund der Rechnungsabschlüsse 2014, 2015 und 2016 wurde dieser ursprüngliche

MFP laufend aktualisiert. Änderungen wurden bei Annuitätendiensten (lt. aktuellen TI-Plänen) und Personalkosten nach der aktuellen Erhöhung um 1,5 % durchgeführt.

Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes idHv € 16.367.100,00 setzen sich folgendermaßen (nach dem VA-Querschnitt) zusammen:

Einnahmen laufende Gebarung:

10	Eigene Steuern	EUR	4.085.200,00
11	Ertragsanteile	EUR	5.507.800,00
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen u. Anlagen	EUR	2.521.700,00
13	Einnahmen aus Leistungen	EUR	1.252.900,00
14	Einnahmen aus Besitz u. wirtsch.Tätigk.	EUR	360.500,00
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d.öffentl. Rechts	EUR	1.294.300,00
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	EUR	209.700,00
18	Einn.aus Veräußerung u.sonst. Einn.	EUR	29.100,00
	<b>GESAMT</b>	EUR	<b>15.261.200,00</b>

Ausgaben der laufenden Gebarung:

<b>20</b>	Leistung für Personal	EUR	3.596.900,00
<b>21</b>	Pensionen u.sonst. Ruhebezüge	EUR	22.600,00
<b>22</b>	Bezüge der gewählten Organe	EUR	110.500,00
<b>23</b>	Gebrauchs- u. Verbrauchsgüter	EUR	366.000,00
<b>24</b>	Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	EUR	3.968.800,00
<b>25</b>	Zinsen für Finanzschulden	EUR	78.400,00
<b>26</b>	Lfd.Transferzhlg.an Trägern d.öffentl.Rechts	EUR	2.737.800,00
<b>27</b>	Sonst. Lfd. Transferzahlungen	EUR	1.868.200,00
	<b>GESAMT</b>	EUR	<b>12.749.200,00</b>
	Ergebnis aus der lfd. Gebarung	EUR	<b>2.512.000,00</b>

Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen:

33	Kapitaltransferzhlg.v.Trägern öffentl.Rechts	EUR	75.000,00
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	EUR	6.300,00
	<b>GESAMT</b>	EUR	<b>81.300,00</b>

Ausgaben der Vermögensgebarung o.Finanztransaktionen:

40	Erwerb v. unbewegl.Vermögen	EUR	781.200,00
41	Erwerb v. bewegl.Vermögen	EUR	37.700,00
44	Sonstige Kapitaltransferzhlg.	EUR	166.100,00
	<b>GESAMT</b>	EUR	<b>985.000,00</b>
	Ergebnis Vermögensgeb.o.Finanztransakt.	EUR	<b>903.700,00</b>

## Einnahmen aus Finanztransaktionen:

53	Rückzhlg. von Bezugsvorschüssen	EUR	600,00
55	Aufnahmen von Darlehen	EUR	1.024.000,00
	GESAMT	EUR	1.024.600,00

## Ausgaben aus Finanztransaktionen:

64	Rückzhlg.v.Finanzschulden d.öffentl.Recht	EUR	3.900,00
65	Rückzhlg.v.Finanzschulden bei anderen	EUR	1.605.000,00
	GESAMT	EUR	1.608.900,00
	Ergebnis der Finanztransaktionen	EUR	584.300,00

Zu den Ertragsanteilen merkt der Kassier wie folgt an: Da wir zum Zeitpunkt der Erstellung des VA 2017 vom Land Bgld. noch keine Budgetvorschau für das Jahr 2017 erhalten hatten, haben wir die Summen für das Jahr 2017 aus dem MFP übernommen. In der Zwischenzeit haben wir vom Land die Budgetvorschau für das Jahr 2017 erhalten. Die Einnahmen betragen demnach EUR 5.720.700,00 und die Ausgaben EUR 2.900.800,00. D.h. netto verbleiben uns EUR 2.819.900,00. Die Differenzen zu den bereits veranschlagten Beträgen werden wir im 1. NVA 2017 nachgetragen. Auf der Einnahmenseite werden es erfreulicherweise um EUR 212.900,00 und auf der Ausgabenseite um EUR 133.800,00 mehr sein. Dies ergibt somit ein plus in der Höhe von EUR 79.100,00 netto.

Investitionen werden auch im Jahr 2017 noch nicht getätigt, einige Instandhaltungen sind jedoch unbedingt notwendig.

Eine Änderung müsste im vorliegenden Voranschlag für 2017 vorgenommen werden und zwar wurde unrichtigerweise € 105.000,00 auf die VA-Stelle 815-006 gebucht. Diese waren ursprünglich für die VA-Stelle (Straßenbeleuchtung – Austausch von Vorschaltgeräten) 816-619 vorgesehen. Dieser Betrag soll jetzt aber auf die VA-Stelle 981-298 (Zuführung an Rücklagen) gebucht werden, da ein Betrag bereits für die Straßenbeleuchtung vorgesehen ist und mit diesen € 105.000,00 ein Puffer für Unvorhergesehenes geschaffen werden soll.

Folgende weitere Instandhaltungen sind im nächsten Jahr außerdem notwendig:

Straßenbau – Holunderweg	€ 70.000,00	Errichtung Straße – abschüssiges Gelände, Probleme bei Regenfällen
Straßenbeleuchtung – Ortsnetzerweiterung	€ 35.000,00	ca. 10 neue Lichtpunkte bei Neubauten in neuen Straßenzügen
Straßenbeleuchtung-Instandhaltung	€ 100.000,00	Austausch von Vorschaltgeräten (Austausch nach 10 Jahren notwendig) und Instandhaltung allgemein (je 50:50)
Feuerwehr	€ 10.000,00	Erneuerung Waschboxen
Feuerwehr	€ 35.000,00	Fahrzeugwartung
Volksschule Am Tabor	€ 30.000,00	Sanierung Turnsaalboden (lt. Gutachten)
Neue Mittelschule	€ 30.000,00	Sanierung Hartplatz (ist nicht mehr bespielbar)

Zentralmusikschule	€ 25.000,00	Sanierung Eingangsbereich
Straßenbau – Ortsdurchfahrt	€ 75.000,00	Sanierung OD – nach Arbeiten des VLW und Energie Bgld.
Kanalbau	€ 100.000,00	Sanierung Straßenbau nach Kanalbau – Pionierweg

Der Kassier gibt danach einen Überblick über Einnahmen und Ausgaben im Bereich Schulen und Kindergärten:

<b>Schulen</b>			
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>NMS</b>	363.000,00	-766.000,00	-403.000,00
<b>POLY</b>	37.000,00	-9.900,00	27.100,00
<b>VS</b>	198.800,00	-419.100,00	-220.300,00
<b>HS</b>	0,00	-13.000,00	-13.000,00
<b>KLOSTER</b>	0,00	-1.000,00	-1.000,00
<b>SONDERSCHULE</b>	0,00	-16.200,00	-16.200,00
<b>BERUFSSCHULE</b>	0,00	-190.000,00	-190.000,00
<b>MUSIKSCHULE</b>	100,00	-105.600,00	-105.500,00
	598.900,00	-1.520.800,00	<b>-921.900,00</b>

<b>Kindergärten</b>			
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>GARTENWEG</b>	298.300,00	-648.800,00	-350.500,00
<b>GARTENWEG-KRI</b>	70.100,00	-195.400,00	-125.300,00
<b>TABOKI</b>	301.300,00	-510.300,00	-209.000,00
<b>TABOKI-KRI</b>	75.800,00	-138.300,00	-62.500,00
<b>MONTESSORI</b>	274.300,00	-489.000,00	-214.700,00
<b>MONTESSORI-KRI</b>	135.400,00	-102.700,00	32.700,00
	1.155.200,00	-2.084.500,00	<b>-929.300,00</b>

Auf Grund dieses Budgetentwurfes wird der Höchstbetrag des Kassenkredites für das Finanzjahr 2017, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben der ordentlichen Gebarung in Anspruch genommen werden darf, mit € 2.727.850,00 festgesetzt.

Gemäß Bgld. Gemeindeordnung ist der mittelfristige Finanzplan gemeinsam mit dem Voranschlag zu beschließen.

Die mittelfristige Finanzplanung ergibt für die Jahre 2018 - 2021 ein erfreuliches Ergebnis. Jedes Jahr wird aus heutiger Sicht positiv abgeschlossen.

Angangspunkt für den mittelfristigen Finanzplan war zum Teil der MFP, welcher gemeinsam mit der Firma BFP erstellt wurde, sowie der Voranschlag 2017. Auf Basis der Vorjahreswerte wurde die Prozentveränderung durchgeführt.

Die Aufwendungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter wurden nach den Durchschnittsausgaben der letzten Jahre angepasst. Bei den Personalkosten wurde eine Erhöhung von 2,0% veranschlagt.

Die Annuitätendienste für die Rückzahlung der Darlehen wurden aus den aktuellen Tilgungsplänen berechnet. Die Einnahmen der Ertragsanteile wurden um 1,5 % erhöht. Die Ausgaben um 2%, 6%, und 10% erhöht. 10% wurde bei der Sozialhilfe und 6% beim Abgang für Krankenanstalten angenommen.

Auf Grund dieser Berechnungen ergeben sich für die Jahre 2018 bis 2021 folgende Überschüsse:

2018:	828.000,00 Euro
2019:	991.900,00 Euro
2020:	1.040.100,00 Euro
2021:	912.800,00 Euro

Die Ergebnisse dieses mittelfristigen Finanzplanes 2018 – 2021 dienen zur Information und werden ziffernmäßig nicht beschlossen.

Der Kassier berichtet, dass das Budget für 2017 ausgeglichen budgetiert werden konnte. Dies bedeutet aber nicht, dass Investitionen künftig in großem Ausmaß getätigt werden können. Ausgaben bzw. geplante Investitionen sind immer im Vorhinein mit dem Kassier, der Obfrau des Budgetausschusses und mit der Aufsichtsbehörde abzuklären. Nicht gedeckte Ausgaben können nicht getätigt werden bzw. muss ein Ausgleich (eine Einnahme) dafür vorhanden sein. Das Jahr 2017 ist ein sehr wichtiges und entscheidendes Jahr für die Stadtgemeinde und es wird strikte Budgetdisziplin erwartet. Bürgermeister Lentsch bedankt sich für den Bericht und stellt diesen zur Diskussion.

Vbgm<sup>in</sup> Böhm meldet sich zu Wort und erklärt, dass für die SPÖ das Budget 2017 nur ausgeglichen ist, da neuerliche Darlehen aufgenommen werden. Die SPÖ will diese Vorgehensweise nicht. Die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wird nicht erkannt. Sie erklärt, dass mit den BEGAS-Anteilen (aus 2012) keine Investitionen getätigt wurden, sondern nur das Girokonto abgedeckt wurde. Derzeit ist das Girokonto wieder mit rund € 1,8 Mio im Minus, das aber auf Null sein sollte. Sie ersucht das Schreiben der Abt. 2 vom 16.11.2016 betreffend Konsolidierung dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Der Bürgermeister erklärt, dass dieses Schreiben in den Unterlagen zum Bericht des Bürgermeisters liegt und dan verlesen wird.

Der Kassier meldet sich noch einmal zu Wort und ersucht in seinem letzten Jahr als Kassier um einen einstimmigen Beschluss. Er erklärt weiter, dass im Voranschlag 2017 nur eine Darlehensaufnahme berücksichtigt wurde und zwar jene des Konsolidierungskredites, der ursprünglich für 2016 vorgesehen war (€ 1.024.000,00). Es sind sonst keine weiteren Darlehensaufnahmen geplant und würden von der Aufsicht auch nicht genehmigt werden.

GR Zitz ist verwundert, da bei der Gemeindeversammlung von einer Investition von € 1,7 Mio – Kanal- und Straßenbau Prädium gesprochen wurde. Diese Investitionen kann er im

Budget jedoch nicht finden. Er möchte wissen, wo diese Posten verbucht sind und ob es dafür Haftungen gibt. Die Amtsleiterin erklärt, dass der Gemeinderat für dieses Projekt eine Finanzierungsvereinbarung und einen Pfandvertrag beschlossen hat. Die LVA übernimmt die gesamte Vorfinanzierung dieser Aufschließung und die Stadtgemeinde verpflichtet sich diese mit den Einnahmen (Aufschließungsbeiträge, Kanalgebühren, Kommunalsteuer, etc.) zu refundieren.

GR Zitz gibt an, dass dies bei der Gemeindeversammlung nicht in dieser Deutlichkeit präsentiert wurde.

Zum Budget an sich, erläutert GR Zitz, dass es eine „schwarze Null“ ist. Weiterhin muss die Gemeinde sehr diszipliniert sein. Die SPÖ wird schauen, wie sich das Jahr 2017 entwickelt. Seine Partei ist der Meinung, dass man da noch mehr tun wird müssen und deshalb können sie dem vorliegenden Voranschlag 2017 nicht zustimmen.

GR<sup>in</sup> Fischbach erläutert, dass es sich augenscheinlich ausgezahlt hat, dass man seit 2014 eine restriktive Konsolidierung durchführt. Ein ausgeglichenes Budget kann daher für 2017 präsentiert werden. Ihr ist es wichtig, dass keine neuen Investitionen im VA verankert sind, da ein Investitionsverbot durch die Aufsichtsbehörde ausgesprochen wurde. Sie geht davon aus, dass auch die SPÖ der Meinung ist, dass man sich an die Anweisungen der Aufsichtsbehörde zu halten hat. Nur notwendige Sanierungsmaßnahmen und Instandhaltungen konnten berücksichtigt werden. Diese können mit laufenden Einnahmen finanziert werden. Wir nehmen keine zusätzlichen Darlehen auf (ausgenommen Konsolidierungsdarlehen, welches bereits für 2016 geplant war und noch nicht genehmigt wurde). Sie ersucht den Bericht an die Aufsichtsbehörde (die Verhandlungsschrift,) so zu verfassen, damit auch verständlich ist, welche Instandhaltungen gemacht werden müssen und, dass es sich um unaufschiebbare Angelegenheiten handelt. Betreffend Budgetdisziplin stimmt sie mit dem Kassier überein. Sie findet auch die Rücklagenbildung eine gute Lösung. In Richtung SPÖ erklärt Fischbach, dass sie die Doppelmoral unbeschreiblich findet. Sie erklärt weiter, dass wir im Budget 2017 € 100.00,00 für Straßenwiederherstellung (Pionierweg) budgetiert haben. Das ist o.k., jedoch nicht o.k. ist, dass der Stadtrat (ÖVP und SPÖ) Ausgaben beschließt, die einerseits zu diesem Zeitpunkt nicht gedeckt sind und die SPÖ sich dann noch weigert dem „künftigen“ Voranschlag, der diese Ausgabe enthält, zuzustimmen. Sie weist den Stadtrat darauf hin, dass dieser gesetzlich verpflichtet ist, bei Ausgaben eine Deckungsprüfung zu machen. Es gibt die gesetzliche Erlaubnis im Rahmen des Voranschlag es Ausgaben zu tätigen.

Sie findet es skurril, eine Ausgabe zu beschließen, deren Budgetierung auf 2017 zu verschieben und dann dem Voranschlag nicht zuzustimmen. Sie fragt die SPÖ, wer das mittragen soll? Diese Vorgehensweise ist für die GRÜNEN nicht akzeptabel.

Sie möchte zum Budget selbst noch sagen, dass zwei erneuerbare Energie-Projekte berücksichtigt sind (Windräder, Photovoltaikanlage). Man sieht, dass diese Investitionen in erneuerbare Energien nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch als ökonomischer Sicht positiv sind.

Bgm. Lentsch hat sich bereits gefreut, dass wir einen einstimmigen Beschluss zum Voranschlag 2017 fassen können. Er hat sich das Protokoll der letzten GR-Sitzung herausgesucht. GR Zitz gibt an, dass erst nach Vorliegen eines ausgeglichenen Budgets (ohne Darlehensaufnahme) die SPÖ sich vorstellen kann, dem auch zuzustimmen.

Das Darlehen, welches im Budget 2017 berücksichtigt wurde, ist nur jenes Konsolidierungsdarlehen, welches bereits für 2016 geplant war, bis dato aber nicht genehmigt wurde.

GR Zitz gibt an, dass er gesagt hat, man könne sich das eventuell vorstellen. Er ist ja politisch versiert.

Vbgm<sup>in</sup> Böhm gibt dazu abermals an, dass die SPÖ die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sieht. Die BEGAS-Anteile wurde nicht für Investitionen genutzt.

GR<sup>in</sup> Fischbach fragt nach, warum dann Ausgaben von € 100.000,00, mit der Zustimmung SPÖ getätigt werden?

Der Kassier regt an, dass Vertragsänderungen der bestehenden Darlehen angedacht werden sollten. Künftig wird eine Fixverzinsung von Vorteil sein.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, bringt der Bürgermeister folgende Anträge zur Abstimmung:

**a) Voranschlag für das Jahr 2017 mit dem Zusatz, dass „gemäß § 3 Abs. 1 GHO 2015 die Ansätze innerhalb der Gruppen 0 bis 9 gegenseitig deckungsfähig sind“**

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, StR Schneider sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

**b) Ein Kassenkredit für 2017 in der Höhe von € 2.727.850,00.**

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, StR Schneider sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

**c) Die Höhe der aufzunehmenden Darlehen von € 1.024.000,00 (Konsolidierungsdarlehensraten 2016).**



Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, StR Schneider sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

#### **d) Dienstpostenplan 2017 (Bestandteil des VA 2017)**

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, StR Schneider sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

#### **e) Kenntnisnahme des mittelfristigen Finanzplanes 2018-2021**

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, StR Schneider sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

### **02) Konsolidierungsdarlehen – 3. und 4. Quartal 2016**

Der Bürgermeister informiert, dass es sich um die beiden letzten Darlehen des Konsolidierungskredites 2016 (mit je € 256.000,00) handelt.

Die BAWAG/PSK bietet folgende Konditionen: Aufschlag von 0,99 % Punkte auf den jeweiligen 6-Monats-EURIBOR; Euribor Basiswert 0 % p.a.; Zinsverrechnung halbjährlich, dekursiv.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Darlehensverträgen für das 3. Und 4. Quartal 2016 mit der BAWAG/PSK (Beilage 02) zustimmen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart und Denk.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, StR Schneider, sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

### **03) Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & Co KG**

#### **a. Rechnungsabschlüsse 2014 und 2015**

Der Vorsitzende stellt richtig, dass es sich um die Rechnungsabschlüsse 2014 und 2015 handelt. In der Einladungskurrende handelt es sich um einen Tippfehler.

StR Lichtenberger kommt um 20.12 Uhr.

Er berichtet, dass heute im Vorfeld eine Generalversammlung des Vereines stattgefunden hat. Davor haben die GR Panner, Mikula und Vbgm<sup>in</sup> Böhm ihren Austritt aus dem Verein erklärt. GR Mannsberger ist dem Verein beigetreten.

Im Anschluss an die Generalversammlung fand die erste Beiratssitzung der KG statt, wie von der Aufsichtsbehörde im Prüfbericht der letzten Gebarungsprüfung gefordert. Als Beiratsvorsitzender wurde GR Mannsberger gewählt.

Bgm. Lentsch erläutert die vorliegenden Rechnungsabschlüsse (Beilage 03a). Die KG hat seinerzeit Grundstücke in der Höhe von rund € 1,3 Mio. angekauft und Investitionen in den Hochwasserschutz und in Hochwasserbauten in der Höhe von rund € 1,2 Mio. getätigt. Diese werden auf 50 Jahre abgeschrieben. Für die Investitionen haben wir Förderungen bekommen, die wir auch aktiviert haben und so wie die Abschreibung auch auf die Nutzungsdauer aufteilen.

Das Betriebsergebnis 2015 beläuft sich auf € 12.540,62, abzüglich des Finanzergebnisses von -5.254,17 und ergibt somit einen Bilanzgewinn von € 7.284,13.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag der Gemeinderat möge die Rechnungsabschlüsse 2014 und 2015 des Vereins zur Erhaltung

und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & Co KG zu beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Schneider, sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

### **b. Budget 2017**

Der Vorsitzende erläutert, dass sich das Budget 2017 aus Einnahmen in der Höhe von € 40.000,00 (Auflösung Investitionszuschuss, Pachteinnahmen) und aus Ausgaben in der Höhe von € 32.500,00 (Abschreibung, Rechts- und Beratungskosten und Zinsen) zusammensetzt (Beilage 03b). Dies ergibt einen geplanten Überschuss von € 7.500,00. Dieser ist auch für die Jahre 2018 bis 2020 geplant.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag der Gemeinderat möge das Budget 2017 des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & Co KG beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Schneider, sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

### **c. Budgetplanung 2018-2020**

Der Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt wurde unter Punkt 03 b) bereits erläutert.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag, der Gemeinderat möge die Budgetplanung 2018 – 2020 des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & Co KG zu beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Schneider, sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister ergänzt, dass sobald das Projekt Hochwasserschutz endkollaudiert ist (dies sollte noch in diesem Jahr erfolgen), über eine Auflösung der KG und des Vereins nachgedacht werden kann. Eine Anfrage an die Aufsichtsbehörde und an die zuständige Fachabteilung wurde bereits gestellt, jedoch haben wir keine ausreichende Antwort bekommen.

Nach dem Abschluss der Förderabwicklung soll eine rechtliche Überprüfung einer Auflösung, wie von der SPÖ gewünscht, beauftragt werden.

#### **04) Bestandsvertrag - Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & CO KG/Stadtgemeinde Neusiedl am See**

GR Mikula verlässt den Sitzungssaal.

GR Hitzinger verlässt den Sitzungssaal.

Der Bürgermeister erläutert zu diesem Punkt, dass dies auch eine Forderung der Aufsichtsbehörde bei der letzten Gebarungsprüfung war. Ein Bestandsvertrag zwischen der Stadtgemeinde und der KG muss abgeschlossen werden.

Der Bestandsvertrag ist in den Unterlagen aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt. Der Bürgermeister erläutert in groben Zügen die Inhalte des Vertrages.

Vbgm<sup>in</sup> Böhm kann nicht nachvollziehen, warum man eine Bindung auf 10 Jahre eingeht.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Vertrag auf unbestimmte Dauer abgeschlossen wird, auf eine Vertragsauflösung wird für die Dauer von 10 Jahren (= Laufzeit der Darlehen) verzichtet.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Bestandsvertrag Beilage 04), welche einen integrierenden Bestandteil dieser Niederschrift bildet, beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Fischbach und Linhart.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Schneider, sowie die Gemeinderäte, Königshofer, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer und Denk.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

## **05) Statuten über die Gemeinnützigkeit der Kindergärten der Stadtgemeinde Neusiedl am See**

StR<sup>in</sup> Berger informiert, dass aufgrund der Steuerreform die Einnahmen aus dem Kindergartenbetrieb ab 01.01.2016 grundsätzlich mit 13 % zu versteuern.

Ein Statut und somit ein Bekenntnis der Gemeinden die Kindergartenbetriebe gemeinnützig zu führen, ermöglicht die Besteuerung von 10 %.

StR<sup>in</sup> Berger stellt somit den Antrag, der Gemeinderat möge folgendes Statut beschließen:

### **Organisationsstatut des Betriebes gewerblicher Art „Kindergarten“**

#### **§ 1**

#### **Name, Sitz und Tätigkeitsbereich**

Die Stadtgemeinde Neusiedl am See unterhält folgende Kindergärten in Neusiedl am See:

**Kindergarten Gartenweg**, Gartenweg 18

**Kinderkrippe Gartenweg**, Gartenweg 18

**Montessori Kinderhaus**, Gärtneresiedlung 28

**Kinderkrippe Montessori Kinderhaus**, Gärtneresiedlung 28

**Kindergarten Am Tabor**, Am Tabor 1

**Kinderkrippe Am Tabor**, Am Tabor 1

#### **§ 2 Zweck**

Der Kindergarten, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Kinderfürsorge.

### **§ 3**

#### **Mittel zur Erreichung des Zwecks**

Der Zweck soll durch ideelle und materielle Mittel erreicht werden.

Als ideelle Mittel dienen die Förderung, Betreuung und Erziehung von Kindern bis zum schulpflichtigen Alter durch den Betrieb eines Kindergartens.

Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch die erhaltenen Förderungen vom Land, Elternbeiträge, von Mitteln aus dem Budget der Gemeinde, Kapitalerträge und sonstige Einnahmen.

### **§ 4**

#### **Organe**

Organe des „Kindergarten“ sind der Gemeinderat, der Gemeindevorstand, der Bürgermeister und der Gemeindegassier im Sinne der Gemeindeordnung. Die Bestimmungen der Gemeindeordnung sind auch im Hinblick auf Vertretung nach Außen und allen übrigen organisatorischen Aspekte anzuwenden.

### **§ 5**

#### **Auflösung des Kindergartens/der Kindergärten**

Bei Auflösung des Kindergartens bzw. der Kindergärten oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Zweckes ist das verbleibende Vermögen für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34ff BAO zu verwenden.

GR Mikula und Hitzinger kommen wieder in den Sitzungssaal.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von StR<sup>in</sup> Berger abgestimmt.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

## **06)      Bebauungsrichtlinien Oberes Seefeld**

StR Halbritter erläutert, dass vor ca. 3 Jahren ein Beschluss gefasst wurde, über den Bereich Oberes Seefeld eine Bausperre zu verhängen. Eine geordnete Bebauung sollte von der Gemeinde somit sichergestellt werden. Die Bausperre läuft mit Ende dieses Jahres ab. Um die Entwicklung weiter steuern zu können, sollen Bebauungsbestimmungen für diesen Bereich beschlossen werden. Diese wurden im Infrastrukturausschuss im Detail erläutert und festgelegt (Beilage 06). Nichts desto trotz soll künftig auch ein Teilbebauungsplan für dieses Gebiet erlassen werden.

GR<sup>in</sup> Fischbach spricht sich für die Festlegung von Bebauungsrichtlinien aus, damit die weitere Gestaltung in Gemeindehand bleibt.

GR Zitz ersucht zu berücksichtigen, dass in diesem Bereich künftig ein Kindergarten errichtet werden soll. StR Halbritter stimmt dem zu. Dies war von Beginn an geplant. Ein Kindergarten im Westen der Stadt ist künftig notwendig.

Bgm. Lentsch ergänzt, dass nach dem letzten Gespräch mit der OSG diese aus dem Büro in der Reitschachersiedlung ausziehen werden. Diese Fläche könnte man unter Umständen als Kindergarten- oder Krippengruppe nutzen. Die Gegebenheiten und rechtliche Möglichkeiten werden geprüft.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt StR Halbritter den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegende Bebauungsrichtlinien (Beilage 06) für das Gebiet Oberes Seefeld beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

## **07) Tauschvertrag Jürgen Kiesel/Stadtgemeinde Neusiedl am See**

GR Mannsberger berichtet, dass beim Grundstück des Herrn Kiesel am Oberen Kirchenberg ein flächengleicher Grundstückstausch (51 m<sup>2</sup>) mit der Stadtgemeinde stattfinden soll und erklärt dazu den vorliegenden Teilungsplan (Beilage 07).

Der Tauschvertrag ist in den Unterlagen aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt GR Mannsberger den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Tauschvertrag mit Herrn Jürgen Kiesel (Beilage 07) beschließen.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

## **08) Widmungsverordnung – Oberer Kirchberg, Jürgen Kiesel**

GR Mannsberger erklärt, dass zum Tausch (vorige Tagesordnungspunkt) nunmehr eine entsprechende Widmungsverordnung zu erlassen ist.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt GR Mannsberger den Antrag, der Gemeinderat möge folgende Widmungsverordnung beschließen.

### **V E R O R D N U N G**

#### **des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 28.07.2016.**

Gemäß § 64 Bgld. Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 55/2003, in Verbindung mit dem Bgld. Straßengesetz, LGBl. Nr. 79/2005, wird verordnet:

Die in der Teilungsurkunde des DI Johann Horvath vom 11.04.2016, GZ. 6220/16, ausgewiesene Trennfläche

**Nr. 4 im Ausmaß von ..... 51 m<sup>2</sup>**

wird dem öffentlichen Gut **gewidmet** und die Trennfläche

**Nr. 2 im Ausmaß von ..... 51 m<sup>2</sup>**

wird dem öffentlichen Gut **entwidmet**.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

## **09) Widmungsverordnung – Römerweg/Marc-Aurel-Straße**



StR Haider erklärt zu diesem Fall, dass 2 m<sup>2</sup> bei der Kreuzung Römerweg/Marc-Aurel-Straße (Haus Strohmayer Peter) in das öffentliche Gut gewidmet werden sollen (siehe Teilungsplan Beilage 09).

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt StR Haider den Antrag, der Gemeinderat möge folgende Widmungsverordnung beschließen.

## **V E R O R D N U N G**

### **des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 30.11.2016.**

Gemäß § 64 Bgld. Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 55/2003, in Verbindung mit dem Bgld. Straßengesetz, LGBl. Nr. 79/2005, wird verordnet:

Die in der Teilungsurkunde des DI Johann Horvath vom 18.10.2016, GZ. 6424/16, ausgewiesene Trennfläche

**Nr. 25 im Ausmaß von ..... 2 m<sup>2</sup>**

wird dem öffentlichen Gut **gewidmet** und die Trennfläche

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

### **10) Nachtrag Straßengrundabtretungsvertrag – Bau-Vermögensverwaltungs- und Verpachtungs GmbH (ehemalige „Check Point“)**

StR Haider erläutert zu diesem Tagesordnungspunkt, dass beim ursprünglichen Vertrag die Einlagezahl (EZ) falsch angegeben wurde. Dies soll nun mit diesem Nachtrag korrigiert werden (Beilage 10).

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt StR Haider den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Nachtrag zum Straßengrundabtretungsvertrag zwischen der Bau-Vermögensverwaltungs- und Verpachtungs GmbH und der Stadtgemeinde Neusiedl am See, welcher unter Beilage 10) einen wesentlichen Bestandteil dieser Niederschrift bildet, beschließen.

GR<sup>in</sup> Fischbach gibt zu Protokoll, dass ihre Fraktion gegen den ursprünglichen Vertrag gestimmt hat und auch deshalb bei diesem Punkt nicht mitstimmen wird.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Denk.

**Gegen den Antrag stimmen:** GR Fischbach und Linhart.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

## **11) Straßenbezeichnungen Neu**

StR<sup>in</sup> Berger erläutert, dass für das neue Hotel am See und die Seehäuser dahinter Straßenbezeichnungen zu vergeben sind. Sie stellt den Antrag, für das Hotel die Straßenbezeichnung „Am Hafen“ und für die Seehäuser dahinter die Straßenbezeichnung „Am Pier“ zu beschließen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von StR<sup>in</sup> Berger abgestimmt.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger und Denk.

**Gegen den Antrag stimmen:** Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger, Schneider, sowie die Gemeinderäte Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach und Linhart.

Der Antrag ist somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

## **12) Löschungserklärung – Hirschfeldspitz 40**

StR Haider informiert, dass Frau Margarete Fuhrmann, wh. am Hirschfeldspitz 40 um Löschung des Wiederkaufsrechts der Gemeinde für das Grundstück Hirschfeldspitz 40 ersucht. Beim damaligen Verkauf wurde dieses Recht grundbücherlich einverleibt und soll jetzt, nach Erfüllung aller Auflagen, gelöscht werden.

StR Haider stellt den Antrag, der Löschungserklärung (Beilage 12) zuzustimmen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von StR Haider abgestimmt.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte

Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

### **13) Ansuchen um Verlängerung Pachtvertrag – Segelschule Neusiedl GmbH**

GR Kolar bringt das Ansuchen der Segelschule Neusiedl GmbH dem Gemeinderat zur Kenntnis. In Ergänzung zum bereits bestehenden Pachtvertrag soll die Pachtdauer auf 5 Jahre verlängert werden. Er ersucht, dem Ansuchen der Segelschule zuzustimmen.

Bgm. Lentsch ergänzt, dass sich der Stadtrat mit diesem Thema in seiner letzten Sitzung beschäftigt hat und festgehalten hat, dass dem Ansuchen zugestimmt werden kann. Sollten jedoch in dieser Zeit (in den nächsten 5 Jahren) bauliche Änderungen im Seebadgelände geplant und durchgeführt werden, sind diese vorrangig zu behandeln. Die Segelschule muss ihre baulichen Anlagen danach richten und die Containerschule eventuell verlegen.

Dem Ansuchen der Segelschule Neusiedl GmbH soll mit dieser Auflage, zugestimmt werden.

Bei der Abstimmung waren alle Gemeinderäte im Sitzungssaal anwesend.

**Für den Antrag stimmen:** Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger, Schneider, Berger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Mannsberger, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Nagy, Rechnitzer, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag ist somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

### **14) Bericht Kenntnisnahme durch die Aufsichtsbehörde a. Rechnungsabschluss 2015**

Der Vorsitzende bringt das Schreiben der Aufsichtsbehörde, Abt. 2 beim Amt der Bgld. Landesregierung vom 11.11.2016 (eingelangt am 15.11.2016), Zahl: A2/G.RANEUSI-10001-12016 dem Gemeinderat zur Kenntnis, welches außerdem in den Unterlagen dieser Gemeinderatssitzung aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt ist.

GR Kast verlässt den Sitzungssaal.

### **b. 1. Nachtragsvoranschlag 2016**

Der Bürgermeister bringt das Schreiben der Aufsichtsbehörde, Abt. 2 beim Amt der Bgld. Landesregierung vom 11.11.2016 (eingelangt am 15.11.2016), Zahl: A2/G.VANEUSI-10000-2-2016 dem Gemeinderat zur Kenntnis, welche außerdem in den Unterlagen dieser Gemeinderatssitzung aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt ist.

### **15) Ansuchen um Ratenzahlungsvereinbarung (über 1 Jahr hinaus)**

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

### **16) Berufungen**

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

### **17) Personalangelegenheiten**

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

### **18) Bericht des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister berichtet, dass die Prüfberichte der **Wirtschaftsprüfung der FZB** durch TPA Horwath für die Jahre 2014 und 2015 fertig gestellt sind und am 29.11.2016 der Aufsichtsbehörde übergeben wurden.

Zum Thema **Hallenbad** informiert er über den Termin im Sportministerium und über Gespräche des GF mit dem zuständigen Sachbearbeiter. Inzwischen gab es ein Gespräch mit LSR Zitz und die Weiterleitung unseres Ansuchens an das Bildungsministerium. Die Antwort des Wirtschaftsministeriums, auf unsere Förderanfrage war, dass dieses ausschließlich KMUs unterstützt. Die FZB gehört leider nicht zu den förderfähigen Betrieben.

Es gab 1976-1980 eine Förderung des Bildungsministeriums in der Höhe von ATS 5,8 Mio. Diese Information ist auch an den LSR ergangen. Es gibt ebenfalls eine Zusammenstellung betreffend Hallenbad als Sportstätte für nationale Veranstaltungen.

Die weitere Vorgehensweise nach der 100 Tage Frist wird sein, dass der Betrieb solange als möglich am Leben gehalten wird. Vor den Gemeinderatswahlen 2017 wird es voraussichtlich keine Förderzusagen geben, so wird das auch in der Abteilung II gesehen. In der nächsten Budgetausschusssitzung ist die weitere Vorgehensweise zu diskutieren und festzulegen.

Die ASFINAG plant den Ausbau der **Rastplätze auf der A4** (Neusiedler Hotter).

Der Vorsitzende informiert über die letzte GV des **AVBN** und die Aufnahme der 5 neuen Gemeinden.

Die Info von LR Dunst über einen **Lehrgang für Politikerinnen** wird per e-mail versandt.

Danach verliest der Bgm. das Antwortschreiben der Abt. 2 betreffend die weitere Vorgehensweise zum Thema **Konsolidierung**. Dem voraus ging eine Anfrage seitens der Gemeinde, wie der Ablauf im Jahr 2017 aussehen soll. (Beilage 18)

GR Kast kommt wieder in den Sitzungssaal.

### **19) Allfälliges**

GR Zitz informiert, dass das **Bundesschulzentrum** saniert werden muss, da die Brandschutzbestimmungen in der derzeitigen Ausführung nicht eingehalten werden.

GR Panner ersucht, ein Loch in der **Fahrbahn in der Weichselfeldgasse** (nach einer Aufgrabung) wieder ordnungsgemäß zu verschließen. Der Bauhofleiter wird sich die Baustelle anschauen.

GR Mikula ersucht den Eingang beim **Wahlsprengel 1** zu verlegen, da es ansonsten im Wahllokal sehr kalt wird. Der Bürgermeister stimmt dem zu. Der Eingang wird über das Sekretariat und Büro Bgm. in den Sitzungssaal verlegt.

StR<sup>in</sup> Lichtenberger gibt einen Antrag für die nächste GR-Sitzung ab. Die **Vereinsförderrichtlinien** sollen behandelt werden.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung um 21.20 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführerin